

Fabian Virchow

„Links um!“ – Zur Organisationsgeschichte antimilitaristischer Soldatenarbeit in der Bundesrepublik Deutschland

„Praktisch wird die politische Artikulation mit politischen Provokationen im Dienst und innerhalb der Kaserne anfangen z. B. mit ‚HoChiMinh‘-Rufen, Aushängen, Schmierereien, Verteilung von Flugblättern und politischen Diskussions-Runden, vor allem nach dem Dienst, bis zu Äußerungen im politischen Unterricht der Truppe, dessen Themen der ‚Inneren Führung‘ genug Ansatzpunkte sachlicher oder provokativer Art geben. Hier ist innerhalb der Einheiten das Feld der Auseinandersetzung in jeder Weise offen; sie wird in erster Linie gezielt gegen junge Unterführer und junge Offiziere geführt, die nicht immer erfahren sein können und nicht in jedem Falle ihre Schwierigkeiten offenbaren wollen.“¹

Als der *Verband der Reservisten der Deutschen Bundeswehr* Ende der 1960er Jahre derart sorgenvoll auf die Agitation der *Außerparlamentarische Opposition* (APO) gegen die Bundeswehr blickte und seine Befürchtung artikulierte, diese könne mit ihrer Agitation gegen die Bundeswehr deren Funktionieren nachhaltig beeinträchtigen, konnte von einer organisierten, überregional abgestimmten und im Rahmen strategischer Zielsetzungen bestimmten antimilitaristischen Soldatenarbeit noch kaum die Rede sein. Im Mittelpunkt der politischen Propaganda und der Kampagnen der politischen Linken hatte bis dahin, soweit es um das Personal der Bundeswehr und nicht um (zur Beschaffung vorgesehene) Waffensysteme oder die Wiederbewaffnung als solches ging, die Frage des Rechts auf Kriegsdienstverweigerung gestanden, das auch in den Kirchen intensiv diskutiert wurde.²

In den 1970er Jahren hingegen nahmen die Bemühungen zahlreicher Gruppen und Organisationen der dogmatisch-marxistischen wie der undogmatischen Linken zu, auch ‚von innen‘, d. h. durch die Agitation in den Kasernen gegen konkrete Missstände in der Bundeswehr und durch die ‚Entlarvung‘ der Bundeswehr als ‚Instrument der Klassenherrschaft‘ und ‚Waffe des Imperialismus‘ Einfluss auf die Bundeswehr zu nehmen. An zahlreichen Orten entstanden *Aktionskreise Demokratischer Soldaten* (ADS) oder *Soldaten- und Reservistenkomitees* (SRK), wurden Kasernenzeitungen mit Titeln wie *Abteilung Kehrt*, *Der Tagebär* oder *Neue Lage* produziert und vor bzw. in den Kasernen verteilt; bei Demonstrationen gegen den § 218 waren ebenso Soldaten in Uniform zu sehen wie bei den gewerkschaftlichen Kundgebungen zur 1. Mai-Feier. Zwar überdauerten nur wenige dieser Versuche das genannte Jahrzehnt, zu einer Geschichte der Friedensbewegung und der politischen Linken gehören diese unter der Bezeichnung ‚antimilitaristische Soldatenarbeit‘ fallenden Aktivitä-

1 Joachim Engelmann: *Außerparlamentarische Opposition und Bundeswehr 1968*, Bonn 1969, S. 19.

2 Vgl. Martin Schröter: *Kriegsdienstverweigerung als christliche Entscheidung*, München 1965; Bernhard Schultheiss: *Kirche und Kriegsdienstverweigerung*, Freiburg 1968; Heinz Liepman (Hg.): *Kriegsdienstverweigerung oder Gilt noch das Grundgesetz?* Reinbek 1966; Klaus Mannhardt/Winfried Schwamborn: *Schwarzbuch Kriegsdienstverweigerung: ein Beitrag zum 25-jährigen Bestehen des Grundgesetzes*, Köln 1974.

ten, die scharfe Gegenmaßnahmen seitens der Bundeswehr hervorriefen, dennoch. Bisher existiert jedoch keine sozialwissenschaftliche oder sozialgeschichtliche Untersuchung der ‚Soldatenarbeit von links‘. Eine solche hätte nicht nur die Organisationsgeschichte, Struktur und Aktivitäten der verschiedenen Strömungen, deren Kooperationen, Konkurrenzen und Konflikte sowie internationale Bezugnahmen zu rekonstruieren, sondern auch nach den Prozessen der Konstruktion und Absicherung kollektiver Identität(en), nach symbolischen Formen und Mechanismen der Sinnstiftung sowie den Interaktionsprozessen mit staatlichen Akteuren und den gesellschaftlichen Veränderungsprozessen zu fragen, um Dynamik bzw. Stagnation und Niedergang der ‚antimilitaristischen Soldatenarbeit‘ verstehen zu können.

Die Beforschung der ‚antimilitaristischen Soldatenarbeit‘ in der Bundesrepublik Deutschland, d. h. der Versuche meist organisierter sozialistischer und kommunistischer Akteure, den ‚Klassenkampf in die Armee zu tragen‘, sieht sich vor eine schwierige Materiallage gestellt, da die häufig nur in Kleinauflagen verbreiteten Publikationen nicht systematisch archiviert wurden und nur in geringem Umfang Quellenbestände ermittelt werden konnten, die die Arbeit einzelner Gruppen über einen längeren Zeitraum im Detail nachvollziehbar machen.³ Relevante Bestände zum Thema des Beitrages finden sich insbesondere im Archiv der Geschichtswerkstatt Dortmund, im Archiv des Hamburger Instituts für Sozialforschung, am IISH in Amsterdam sowie im APO-Archiv an der Freien Universität Berlin. Weitere Unterlagen – mit zumeist örtlichem Bezug – werden in den Stadtarchiven von Bundeswehrstandorten aufbewahrt, an denen Soldatenkomitees (SK) aktiv waren. Der Zugang zu Dokumenten und Materialien der Bundeswehr, die sich mit diesem Teil ihrer Geschichte befassen, ist weitgehend gesperrt, so etwa die Bestände des Militärischen Abschirmdienstes (MAD). Insofern kann der vorliegende Beitrag lediglich erste Ergebnisse eines größeren Forschungsprojektes zur ‚antimilitaristischen Soldatenarbeit‘ in der Bundesrepublik Deutschland vorstellen, das sich der kritischen Rekonstruktion der Tätigkeit der ‚antimilitaristischen Soldatenarbeit‘ widmet.

Entstehung und organisatorische Entwicklung antimilitaristischer Soldatenarbeit in der Bundesrepublik Deutschland

Das Ausklingen der studentischen Protestbewegung und die Auflösung des *Sozialistischen Deutschen Studentenbundes* (SDS) am 21. März 1970 führten zur Herausbildung einer Vielzahl von Organisationen der radikalen Linken, die neben der im April 1969 offiziell gegründeten *Deutschen Kommunistischen Partei* (DKP) in zahlreichen gesellschaftlichen Konfliktfeldern nach Ausweitung ihres politischen Einflusses und der Gewinnung neuer MitstreiterInnen trachteten. War bis weit in die 1960er Jahre hinein von großen Teilen der politischen Linken eine ‚Ohne-mich‘-Haltung vertreten worden, so gab es seit Ende der 1960er Jahre zunächst vereinzelte Stimmen, seit Anfang der 1970er Jahre dann organisierte und program-

3 Der Autor ist für Hinweise auf den Fundort weiterer Unterlagen zur ‚antimilitaristischen Soldatenarbeit‘, auch im Privatbesitz, dankbar.

matisch flankierte Ansätze einer systematischen Einflussnahme sozialistischer und kommunistischer Gruppen auf die Bundeswehr.

In den Reihen der DKP bzw. der mit ihr verbundenen Jugendorganisation *Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend* (SDAJ) verdichteten sich die auf dem SDAJ-Bundeskongress in Dortmund 1969 aufgestellten, noch allgemeinen Forderungen nach Demonstrationen, Flugblatt- und Plakataktionen im Umfeld der Kasernen sowie nach Kontrolle der militärischen Ausbildungsinhalte zu einem ersten programmatischen Dokument, der ‚Wehrpflichtigenstudie‘ *Soldat ,70*.⁴ Aus Sicht der DKP war mit dieser Plattform, die von 13 wehrpflichtigen Erstunterzeichnern verantwortet wurde, eine neue Etappe antimilitaristischer Aktivität von Soldaten in der Bundeswehr eingeläutet worden, hatte hier doch – nach eigener Bewertung – erstmals ein eigenständiges antimilitaristisches Manifest von Soldaten vorgelegen.⁵ Ausgangspunkt der in der Studie formulierten Forderungen, die bewusst die Perspektive der Wehrpflichtigen akzentuierte, war eine Kritik an den mit dem Namen Schnez verbundenen Forderungen nach Entdemokratisierung der Bundeswehr und an der Modernisierung der Streitkräfte durch den zuständigen Minister Helmut Schmidt. Die Forderungskataloge der Unterzeichnenden griffen Texturen des Selbstverständnisses der Bundeswehr wie etwa ‚Staatsbürger in Uniform‘ oder ‚Instrument zur Sicherung des Friedens‘ auf und deuteten diese in einer spezifischen Weise aus. Hierzu zählten etwa Forderungen nach freier politischer und gewerkschaftlicher Betätigung aller Soldaten im Rahmen des Grundgesetzes inner- und außerhalb der Kasernen, nach Entfernung von NPD-Mitgliedern aus der Truppe sowie nach Ausweitung der Einflussmöglichkeiten der Vertrauensleute. Außenpolitisch wurden strikte Neutralität der Bundesrepublik Deutschland, die völkerrechtliche Anerkennung der DDR und der nach dem Zweiten Weltkrieg entstandenen Grenzen in Europa sowie die sofortige Ratifizierung des Atomwaffensperrvertrages gefordert.

Neben der Kritik an den Notstandsgesetzen traten die Unterzeichner für eine Entnazifizierung der Bundeswehr sowie eine Verbesserung der soziale Situation der Wehrpflichtigen durch eine Wehrsolderhöhung und die freie Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel vom Heimat- zum Stationierungsort ein. Die Studie *Soldat ,70* – und das einige Jahre später erschienene, in den Kernforderungen jedoch nahezu unveränderte Manifest *Soldat ,74* – stellten die politische Plattform für die an DKP und SDAJ angelehnten ADS dar, die sich bis Mitte der 1970er Jahre an zahlreichen Bundeswehrstandorten bildeten. Das Bundesamt für Verfassungsschutz gab deren Zahl für das Jahr 1974 mit „über 40“ und für das Folgejahr mit „über 50“ an.⁶ Im Jahr 1976 war von nur noch 33 ADS-Gruppen die Rede.⁷ Ende der 1980er Jahre gab es nur noch an wenigen Bundeswehr-Standorten ADS-Gruppen, so etwa in Kassel, wo die Soldatenzeitung *Neue Lage* herausgegeben wurde.

4 Der Text ist abgedruckt in Klaus Heßler: *Militär – Gehorsam – Meinung. Dokumente zur Diskussion in der Bundeswehr*, Berlin/New York 1971, S. 102 ff.

5 Vgl. Hans Junker: *Soldat ,74 – eine Bilanz demokratischer Tätigkeit in der Bundeswehr*, in: *Marxistische Blätter* 2 (1975), S. 54–64.

6 Bundesamt für Verfassungsschutz (Hg.): *betrifft: Verfassungsschutz 1974*, Bonn 1975, S. 70 bzw. Bundesamt für Verfassungsschutz (Hg.): *betrifft: Verfassungsschutz 1975*, Bonn 1976, S. 70.

7 Bundesamt für Verfassungsschutz (Hg.): *betrifft: Verfassungsschutz 1976*, Bonn 1977, S. 86.

War zunächst die 1972 in der antifaschistischen Wochenzeitung *die tat* eingeführte ständige Rubrik ‚Militarismus/Antimilitarismus‘ zu einem wichtigen Bezugspunkt der ADS-Gruppen geworden, startete das SDAJ-Magazin *elan* im Oktober 1973 den *Informationsdienst für Soldaten*, der die an antimilitaristischer Soldatenarbeit Interessierten monatlich mit Meldungen zur Situation in der Bundeswehr, zu Entwicklungen im Rüstungssektor und in der NATO sowie zum Engagement demokratischer Soldaten versorgen sollte.⁸ Als zentrale Soldatenzeitung von DKP und SDAJ fungierte zudem die *Links Um*, die jeweils zum Einberufungstag verteilt werden sollte.

Auch andere, der radikalen Linken zuzurechnenden Organisationen und Parteien unternahmen Versuche, eigenständige ‚Militärprogramme‘ und eine konkrete Praxis ‚antimilitaristischer Soldatenarbeit‘ zu entwickeln. Dabei sind insbesondere der Kommunistische Bund Westdeutschland (KBW), die 1971 in KPD umbenannte Kommunistische Partei Deutschlands/Aufbauorganisation (KPD/AO) und verschiedene trotzkistisch ausgerichtete Gruppen zu nennen.

Der im Juni 1973 durch Zusammenschluss mehrerer vorwiegend regional tätiger Gruppen entstandene KBW⁹ zentralisierte seine ‚Militärpolitik‘ im Laufe der Zeit vor allem in den *Soldaten- und Reservisten Komitees* (SRK). Hatte es zunächst verschiedene Gruppen gegeben, die sich erkennbar am KBW orientierten, aber noch nicht als SRK firmierten,¹⁰ so setzte sich nach der II. ordentlichen Delegiertenkonferenz im März 1975 an zahlreichen Bundeswehrstandorten verstärkt das öffentliche Auftreten als SRK durch. Bereits im Rahmen der I. ordentlichen Delegiertenkonferenz im April 1974 in Mannheim war eine ‚Militärresolution‘ verabschiedet worden, in der als Ziele der ‚Militärpolitik‘ des KBW u. a. die Förderung des Interesses für militärische Fragen „in der Arbeiterklasse und im ganzen Volk“ sowie die Unterstützung „jede[r] Rebellion der Soldaten gegen ihre rechtlose Lage“ genannt wurden.¹¹ In den KBW-Ortsgruppen gehörte die ‚Militärfrage‘ zu den regelmäßig bearbeiteten Themen.¹² 1975 existierten nach Angaben des Verfassungsschutzes 43 Komitees des KBW, die 37 Zeitungen herausgaben und 646 Aktionen durchführten; im folgenden Jahr waren es 55 Gruppen mit 51 Zeitungen und 1.480 Aktionen.¹³ Diese Steigerung konnte die tatsächlichen Schwierigkeiten, in größerer Zahl Soldaten für die Politik des KBW zu interessieren, jedoch kaum verdecken. Sowohl auf der Ebene der Ortsgruppen als auch der Bezirks-

8 Vgl. *elan* 12 (1973), S. 32.

9 Vgl. den Überblicksbeitrag von Jürgen Bacía: Der Kommunistische Bund Westdeutschland, in: Richard Stöss (Hg.): *Parteien-Handbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945–1980*, Band II, Opladen 1984, S. 1648–1662.

10 So etwa die Gruppe Kommunistischer Soldaten BS (Braunschweig), die die Zeitung „Rührt Euch!“ herausgab.

11 Vgl. Ständiger Ausschuss des Zentralen Komitees des KBW: Rundbrief 32 vom 12. März 1974, S. 79.

12 Vgl. beispielsweise: Ergebnisse der 1. außerordentlichen Delegiertenkonferenz der Ortsgruppe Braunschweig des Kommunistischen Bundes Westdeutschland am 8. Dezember 1974, S. 10; Rechenschaftsbericht der Ortsleitung an die 3. ordentliche Mitgliederversammlung der Ortsgruppe Wolfsburg, ohne Datum, etwa März 1975.

13 Bundesamt für Verfassungsschutz (Hg.): *betrifft: Verfassungsschutz 1975*, Bonn 1976, S. 95 bzw. Bundesamt für Verfassungsschutz (Hg.): *betrifft: Verfassungsschutz 1976*, Bonn 1977, S. 109.

leitungen wurde wiederholt das „mangelhafte Auftreten der OG in bezug auf die Militärfrage“ beklagt,¹⁴ allerdings wurden Vertreter des SRK auch zu Diskussionsveranstaltungen in Schulen und bei Gewerkschaftsgliederungen eingeladen.¹⁵ Im Sommer 1978 stellte das Sekretariat der KBW Regionalleitung Mitte fest, dass „unsere Genossen in der Armee nicht die genügende Führung“ erhielten und die Beteiligung an Aktionen zum Rekruteneinzug ebenso zurückgegangen sei wie Spendensammlungen in den Kasernen nicht mehr gemeldet würden.¹⁶ Im Laufe des Jahres 1979 wurden die SRK nach entsprechendem Vorschlag des ZK des KBW schließlich in die *Vereinigung für revolutionäre Volksbildung* überführt, da sich ihre Tätigkeit weit über die Behandlung rein militärpolitischer Fragen erstreckt hatte.¹⁷ Die interne Kommunikation zur Militärpolitik wurde über so genannte ‚Spezialnachrichtendienste‘ und einen ‚Beschluss- und Dokumentendienst‘ des KBW-Zentralorgans *Kommunistische Volkszeitung* gewährleistet.

Bei der ebenfalls maoistisch ausgerichteten, 1970 zunächst als KPD/AO gegründeten KPD¹⁸ galt die Maxime, dass wehrpflichtige Mitglieder der Einberufung zu folgen hatten und mit Unterstützung ihrer Organisation innerhalb der Bundeswehr politische Arbeit leisten sollten. Die Zeit in der Bundeswehr sollte sowohl der gründlichen militärischen Schulung als auch dem Aufbau legaler sowie verdeckter Strukturen in den Streitkräften dienen. In einem Mitte 1975 publizierten Grundsatzdokument wurde konstatiert, dass man bisher jedoch erst „die allerersten Schritte einer marxistisch-leninistischen Propaganda und Organisationslinie in der Bundeswehr verwirklicht“ habe.¹⁹ Die KPD bzw. insbesondere ihre 1972 gegründete Jugendorganisation *Kommunistischer Jugendverband* (KJV, später KJVD) entfalteten mit dem Organ *Kämpfende Jugend* und Soldatenzeitungen wie *Umsturz* (Westfalenkaserne, Dortmund), *Kommunistische Soldatenpresse* (Boehn-Kaserne, Hamburg), *Soldatenpresse* (Bismarckkaserne, HH-Wentorf) oder *Einheitsfront* (Generalfeldmarschall Rommel-Kaserne) eine vergleichsweise umfangreiche Publikationstätigkeit zur ‚Militärfrage‘, die bei der Organisierung von Kasernen-‚Zellen‘ eine wichtige Rolle spielen sollten.²⁰ Der KPD bzw. dem KJV/KJVD rechnete der Verfassungsschutz 1974 etwa 43% der von der ‚Neuen Linken‘ durchgeführten 1.069 ‚Aktionen gegen die Bundeswehr‘ zu.²¹ Von den 1975 erfassten 19 Gruppen und 20 Zeitungen waren im Folgejahr nur noch 9 Gruppen und 6 Zeitungen

14 Rechenschaftsbericht der Ortsleitung der Ortsgruppe Seesen des KBW (April 1975–März 1976), S. 12.

15 Vgl. Bericht Bezirk Rhein Ruhr vom 26. Juni 1977.

16 Vgl. Bericht KBW Regionalleitung Mitte/Sekretariat vom 4. Juli 1978.

17 Vgl. Beschlussantrag der ZK Vollversammlung des KBW 01/1979 vom 27. Januar 1979.

18 Vgl. den Überblicksbeitrag von Jürgen Bacia: Die Kommunistische Partei Deutschlands [Maoisten], in: Richard Stöss (Hg.): Parteien-Handbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945–1980, Band II, Opladen 1984, S. 1810–1830.

19 Rote Fahne 26 (1975), S. 4.

20 Anlässlich eines „1. nationalen Treffens der Korrespondenten des KJV“ in der Bundeswehr wurde bspw. darauf verwiesen, dass die KJV-Zellen nicht naturwüchsig entstünden, sondern entlang eines zentralen Plans. „Besonders intensiv“ wurde auch die Frage des ‚illegalen Kampfes‘ diskutiert, wobei Wert darauf gelegt wurde, nicht ins Geheimbündlerische abzuriften. Vgl. *Kämpfende Jugend* 2 (1972), S. 9. Im Jahr 1973 sprach der KJV davon, in vier Kasernen über Zellen zu verfügen.

21 Vgl. Bundesamt für Verfassungsschutz (Hg.): betrifft: Verfassungsschutz 1974, Bonn 1975, S. 95.

übrig geblieben.²² Ausschlaggebend für diese Entwicklung war auch eine politische Umorientierung von KPD und (KPD/ML), die sich in ihrer weltpolitischen Lageeinschätzung und den außenpolitischen Positionierungen an den zu Vorbildern verklärten Systemen in China bzw. Albanien orientierten und im Zuge der immer schärfer formulierten Abgrenzung gegenüber der Sowjetunion die Vorstellung eines gegen die Supermächte USA und Sowjetunion gerichteten ‚antihegemonialen Blocks‘ entwickelten, der sich auf eine Kooperation von EU und China stützen sollte. Um sich gegenüber den beiden Supermächten behaupten zu können, traten die beiden Parteien nun für eine militärische Stärkung der Bundeswehr und eine Verbesserung der soldatischen Ausbildung ein (s. u.). 1980 beschloss die KPD ihre Auflösung.

Von den zahlreichen trotzkistisch ausgerichteten Organisationen waren insbesondere die *Gruppe Internationale Marxisten* (GIM) und die *Internationale Kommunisten Deutschlands* (IKD), der Jugendverband *Kommunistische Jugendorganisation* (KJO)²³ und die Gruppe *Spartacus BL* (Bolschewiki-Leninisten) in der ‚antimilitaristischen Soldatenarbeit‘ aktiv. Unter dem Einfluss der IKD/KJO Spartacus waren seit 1972/1973 einige Soldatengruppen entstanden, die sich – auf Initiative des *Antimilitaristischen Arbeitskreises* (AMAK) in Stuttgart – auch zu Konferenzen trafen. Mitte der 1970er Jahre war die GIM insbesondere an den Auseinandersetzungen in den französischen Kasernen in Südwestdeutschland beteiligt. Ähnlich wie beim *Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD* (AB), der die Zeitung *Soldatenfaust* herausgab, blieben die ‚antimilitaristischen Soldatenaktivitäten‘ jedoch auf wenige Standorte beschränkt.

Der *Kommunistische Bund* (KB), dessen Vorläufergruppen zum Teil bereits antimilitaristische Arbeit gemacht hatten,²⁴ berichtete in seiner Publikation *Arbeiterkampf* zwar regelmäßig über die ‚antimilitaristische Soldatenarbeit‘ im In- und Ausland sowie die daraus resultierenden Disziplinarverfahren, musste jedoch noch 1976 konstatieren, dass er „bisher so gut wie keine organisierte Soldaten-Arbeit geleistet“²⁵ hätte. Auch im *Sozialistischen Büro* (SB), das die Zeitschrift *links* herausgab, und bei der *Sozialistischen Jugend Deutschlands/Die Falken* (SJD) wurden die Möglichkeiten einer entsprechenden politischen Tätigkeit diskutiert.²⁶

Neben den bisher genannten Organisationen gab es weitere Gruppierungen, die – zum Teil im Gravitationsfeld der DKP befindlich – die ‚antimilitaristische Soldatenarbeit‘ unterstützten, obwohl dies nicht zu ihrem eigentlichen Aufgabenbereich gehörte. So hatte sich

22 Vgl. Bundesamt für Verfassungsschutz (Hg.): betrifft: Verfassungsschutz 1975, Bonn 1976, S. 95; Bundesamt für Verfassungsschutz (Hg.): betrifft: Verfassungsschutz 1976, Bonn 1977, S. 109.

23 Vgl. den Übersichtsbeitrag von Peter Brandt/Rudolf Steinke: Die Gruppe Internationale Marxisten, in: Richard Stöss (Hg.): Parteien-Handbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945–1980, Band II, Opladen 1984, S. 1599–1647.

24 Vgl. Michael Steffen: Geschichten vom Trüffelschwein – Politik und Organisation des Kommunistischen Bundes 1971 bis 1991, Dissertationsschrift, Marburg 2002, S. 52.

25 Kommunistischer Bund: Soldatenbewegung in Westeuropa, Hamburg 1976, S. 3.

26 Vgl. beispielsweise Egbert Jahn: Funktion eines sozialistischen Antimilitarismus im Rahmen der SB-Organisation, in: links 3 (1977); Rundschreiben des SJD-Bundesvorstandes vom 25. August 1976.

bereits 1972 die *Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes/Bund der Antifaschisten* (VVN-BdA) in der causa Otto Wagner engagiert, die ihren Höhepunkt in einer öffentlichen Großveranstaltung in der Stadthalle Marburgs mit rund 2.000 Zuhörenden fand, in deren Rahmen insbesondere der Kommandeur des Fernmeldebataillons 2 wegen seines harten Vorgehens gegen ‚kritische Soldaten‘ kritisiert wurde. Auch in der *Deutschen Friedensgesellschaft/Vereinigte Kriegsdienstgegner* (DFG-VK), die sich auf pazifistischer Grundlage vorrangig der Durchsetzung des Rechts auf Kriegsdienstverweigerung und der Kritik an ‚gesellschaftlicher Militarisierung‘ verschrieben hat, fand antimilitaristische Soldatenarbeit Unterstützung. Ein im Rahmen des Fusionskongresses von DFG und dem *Verband der Kriegsdienstverweigerer* (VK) am 24.II.1974 in Bonn gefasster Beschluss verdeutlichte nicht nur die Sympathie für die „Aktivitäten demokratischer Soldaten innerhalb der Bundeswehr“, sondern rief auch zur Unterstützung bereits bestehender Soldatengruppen in Form von organisatorischer Hilfe, Verteilung von Zeitungen und Flugblättern und durch konkrete Aktionen auf. Die von der DFG/VK speziell für Soldaten herausgegebene Zeitung *Barras* sollte alle vier Wochen vor den Kasernen verteilt werden; zusätzlich war an Veranstaltungen speziell für Soldaten (Anti-Barras-Fete) und öffentliche Beratung zu Fragen des Soldatengesetzes, der Wehrbeschwerdeordnung und der Wehrdisziplinarordnung gedacht.²⁷

Zur Militär- und Klassenanalyse der ‚antimilitaristischen Soldatenarbeit‘

Für die Bestimmung der konkreten antimilitaristischen Arbeit der sozialistischen und kommunistischen Gruppen war zunächst bedeutsam, Charakter und Funktion des Militärs in der ‚bürgerlichen Klassengesellschaft‘ zu bestimmen. Dabei bestand weitgehende Übereinstimmung in der Feststellung, dass die ‚kapitalistische Klassengesellschaft‘ auf Ausbeutung und Unterdrückung beruhe und diese mit dem Profit- und dem Konkurrenzprinzip zur gewaltsamen Expansion und Aneignung von Rohstoffen und Absatzmärkten neige. In der Analyse und Agitation der hier berücksichtigten Organisationen stand angesichts der konkreten historischen Konstellation des Kalten Krieges die befürchtete Konfrontation der NATO mit den ‚sozialistischen Staaten‘ bzw. der USA mit der ‚anderen Supermacht‘ im Vordergrund, die im Falle eines Krieges zur „Auslöschung der gesamten Menschheit oder der Vernichtung des Lebens ganzer Weltregionen“²⁸ führen könne; zum Teil wurde die Funktion der Bundeswehr im kapitalistischen System „nicht mehr in erster Linie gegen die Sowjetunion und die Ostblockstaaten“ gerichtet gesehen, sondern in der Rückendeckung für den „amerikanischen Imperialismus in seinen Kolonialkriegen“.²⁹ Daher müsse es darum gehen,

27 Stellenwert und konkretes Profil der Unterstützung von ‚antimilitaristischen Soldaten‘ waren in der DFG/VK jedoch umstritten.

28 GIM (Hg.): Die Revolutionäre und die Armee. Militärpolitisches Programm der GIM, Frankfurt/Main 1976, S. 5.

29 Spartacus/KJO: Bundeswehr und antimilitaristischer Kampf, Flugblatt der OG Delmenhorst, o.J. (handschriftlicher Vermerk: 4. Juni 1972).

„die Armee so weit wie möglich als Instrument imperialistischer Expansion untauglich zu machen“.³⁰

Als dritte wichtige Funktion der Bundeswehr wurde – nicht zuletzt vor dem Hintergrund der Notstandsgesetze – deren Funktion als „wichtigstes Repressionsorgan im Innern“³¹ angeführt. Dabei war insbesondere der Putsch rechtsgerichteter Militärs in Chile (1973) der zentrale zeitgenössische Bezugspunkt, der als Bestätigung dafür angesehen wurde, dass die ‚kapitalistische Klassenherrschaft‘ notfalls auch durch den Einsatz des Militärs im Innern gesichert wird. Vertraten einige trotzkistische und kommunistische Gruppen den Standpunkt, dass der Putsch der Militärs in Chile durch die Bewaffnung der Arbeiter hätte niedergeschlagen werden können,³² so wurden hinsichtlich des Kampffeldes Bundeswehr zwei unterschiedliche strategische Orientierungen ausgegeben. Die eine, im wesentlichen von DKP und SDAJ vertretene Linie orientierte vor allem auf eine Demokratisierung der Streitkräfte, die K-Gruppen und die trotzkistische Linke traten für deren Abschaffung ein, denn der „antimilitaristische Kampf [könne] nur ein Ziel haben: Kampf für die Abschaffung der Bundeswehr als ein Schritt hin zur Abschaffung der Ausbeuterordnung überhaupt, hin zur Proletarische Revolution“.³³

Während DKP und SDAJ – wenn auch nur für die NATO-Staaten – das Recht auf Kriegsdienstverweigerung (KdV) propagierten, waren sich die maoistischen und trotzkistischen Organisationen, die sich auch der Semantik des ‚Klassenkrieges‘ bedienten, in der Denunziation des Pazifismus weitgehend einig. Gegen eine „gut gerüstete Armee der Kapitalisten mit den schönen Phrasen des Pazifismus (...) angehen zu wollen, bedeutet Kapitulation“³⁴, entrüstete sich der KJV³⁵; als Ausdruck „ausgesprochen egoistische[r] moralische[r] Motive“³⁶ bezeichneten IKD/Spartacus die individuelle Verweigerung des Kriegsdienstes. Die Arbeit der KdV-Organisationen habe „nur eins bewirkt, dass diejenigen, die innerhalb der BW an der Entwicklung des Klassenbewusstseins und an der Entlarvung des Militarismus hätten arbeiten können, der BW entzogen worden sind“.³⁷

Sahen die sozialistischen und kommunistischen Organisationen die Armee vor allem als ‚Ort des Klassenkampfes‘, so bedurfte es einer konkreteren Bestimmung der in dieser Institution anzutreffenden Akteure und Interessen sowie des Terrains der Auseinandersetzung

30 Kommunistischer Bund, S. 3.

31 GIM, S. 7.

32 So beispielsweise Spartacus-BL (Hg.): *Chilenische Lehren*. Berlin 1973, S. 46.

33 KJV (Hg.): *Weg mit den Bundeswehr-Hochschulen*. Agitationsheft Nr. 1, Dortmund 1972, S. 29.

34 KJV: *Soldaten!, Sonderdruck Kämpfende Jugend*, April 1973, S. 3.

35 Mit der Wende von KPD/KJVD zur ‚Sozialimperialismus‘-Theorie wurde der Pazifismus vor allem als Ausdruck der ‚Kapitulation vor dem Sozialfaschismus‘ gewertet, der ‚das deutsche Volk‘ entwaffne. Vgl. KJVD: *Soldaten! Kämpft mit der KPD gegen den imperialistischen Krieg!*, Aufrufflugblatt für eine KPD-Kundgebung in Köln im Vorfeld der Bundestagswahl 1976.

36 IKD/Spartacus: *Offener Brief an die Teilnehmer des Kongresses ‚Jugend gegen Kriegsdienst‘*, Berlin 1970.

37 Spartacus/KJO: *Arbeiterjugend in Uniform*, Flugblatt, o.J. (handschriftlicher Vermerk: 28. März 1973).

insgesamt. Dazu unterschied die ‚Klassenanalyse‘ Berufs- von Zeitsoldaten bzw. Unteroffiziersdienstgraden und beide wiederum von der Gruppe der Wehrpflichtigen.

Hinsichtlich der Gruppe der Berufssoldaten kam man zu der Einschätzung, dass deren ‚Klassenlage‘ zum einen durch den Status als ‚unproduktive Lohnarbeiter‘, der dem Staat und nicht dem Einzelkapital seine Arbeitskraft verkaufe, damit dieser im Interesse des Gesamtkapitals die politische Systemsicherung des Kapitalismus nach innen und außen übernimmt (Funktion der Armee), sowie durch spezifische mit der Berufswahl verbundene Charakteristika wie Sicherheitsdenken, Autoritätsbewusstsein, Faszination durch Technik und ‚Mannestum‘ bestimmt sei. „Die Auslese bei der Rekrutierung von Berufssoldaten richtet sich neben der fachlichen Qualifikation nach Staatstreue und ideologischer Zuverlässigkeit. Dies und die zunehmende Verflechtung von Teilen des Offizierskorps mit den Rüstungskapitalen bewirken eine weitere Identifizierung des Berufssoldaten mit Kapital und Staat in der BRD.“³⁸ Gleichwohl könne sich ein weltpolitischer Entspannungsprozess auch in einem Abbau antikommunistischer Feindbilder insbesondere unter den niedrigen Rängen der Berufssoldaten niederschlagen.

Mit Blick auf die Zeitsoldaten und Unteroffiziere wurde einerseits von einer grundsätzlichen Parallelität zur Situation der Berufssoldaten ausgegangen, zugleich jedoch darauf verwiesen, dass bei diesen Gruppen eine nur zeitweise Bindung an die Bundeswehr mit dem Interesse an beruflicher Weiterqualifizierung einhergehe, so dass die Bundeswehr eher als Job begriffen werde. Allerdings hinterlasse die „jahrelange Sozialisation der Zeitsoldaten in der Bundeswehr (...) in ihrem Bewusstsein deutliche Spuren“.³⁹

Grundsätzlich anders wurden die Lage und die Interessen der Wehrpflichtigen gesehen, da diese die Bundeswehr nur vorübergehend erlebten, lediglich kurzfristig ökonomisch von ihr abhängig und häufig in sie hineingezwungen worden seien. Im Gegensatz zum Berufssoldaten erscheine dem Wehrpflichtigen der Bundeswehrrapparat eher als Mittel der Unterdrückung und Anlass zu Ärgernis denn als Versorgungsinstitut. Sein und Bewusstsein des Wehrpflichtigen seien „geprägt von seiner sozialen Situation außerhalb der Bundeswehr. Dass diese gleichwohl einen erheblichen, insbesondere ideologischen Einfluss im Zusammenhang mit vorhergehenden Sozialisationsfaktoren auf ihn ausübt, darf dabei freilich nicht übersehen werden“.⁴⁰ Die Zeit des Wehrdienstes sei für viele von ihnen eine Unterbrechung der Ausbildung oder Berufstätigkeit, was zu einer verbreiteten Wehrunlust beitrage. Wenn darauf auch zunächst vor allem individuell mit unerlaubtem Fernbleiben von der Truppe,

38 Thesen zum antimilitaristischen Kampf, in: Probleme des Klassenkampfes, Sonderheft 4: Bundeswehr – Waffe des Kapitals, S. 213–223, (S. 217). In den Agitationsschriften war die Sprache weitaus drastischer; darin war bspw. von den Offizieren als „treuen Agenten der Bourgeoisie in der Bundeswehr“ (vgl. KJV: Für freie politische Betätigung in der Bundeswehr! Dokumentation der Verfolgung des Ausschusses ‚Kampf dem BRD-Imperialismus und Militarismus‘ und der Terrorisierung von Kameraden der Prinz-Albrecht-Kaserne und Scharnhorst-Kaserne in Hannover, August 1973, S. 18) die Rede, die „in der Bluthundtradition der deutschen Offizierscorps“ (Weg mit den Bundeswehrhochschulen. Flugblatt des KJV o. J., etwa Ende September 1973) stünden.

39 Ebd., S. 218.

40 Ebd.

Alkoholexzessen, Verzweiflungstaten oder Unbotmäßigkeiten gegenüber Vorgesetzten reagiert würde, so ergäben sich aus der „ständigen Repression zur Durchsetzung des Gehorsams, den Belastungen des Dienstes, irgendwelchen Schikanen oder schlechter Versorgung“⁴¹ zahlreiche Anknüpfungspunkte für alltägliche Konflikte und unmittelbare Forderungen nach Verbesserung der Situation.

Strategie und Taktik ‚antimilitaristischer Soldatenarbeit‘

In den sozialistischen und kommunistischen Organisationen bestand weitgehende Übereinstimmung darin, dass ‚die Bourgeoisie‘ zur Aufrechterhaltung ihrer ‚Klassenherrschaft‘ insbesondere in Zeiten der Zuspitzung von Klassenkämpfen den Staatsapparat und damit auch die Armee benötige: „In diesem bewaffneten Konflikt fällt der Armee die Rolle zu, die kapitalistische Gesellschaft gegen die vorwärtsstürmende Revolution zu verteidigen.“⁴² Entsprechend häufig wurde in den Publikationen auf Manöverlagen der Bundeswehr verwiesen, in denen die ‚Säuberung von Ortschaften, Häusern und Fabriken‘ im Mittelpunkt stand. Vor diesem Hintergrund müsse es der ‚antimilitaristischen Soldatenarbeit‘ zum einen darum gehen, „es der Bourgeoisie unmöglich zu machen, bei einer Zuspitzung der Klassenkämpfe die Armee insgesamt gegen das Volk einsetzen zu können; im Gegenteil müssen Teile der Armee dafür gewonnen werden, im Falle einer revolutionären Zuspitzung an der Seite des Volkes aktiv Partei zu ergreifen und den bewaffneten Aufstand zu unterstützen.“⁴³ Weil man sich trotz vielfach zutage tretender martialischer Formulierungen⁴⁴ und Gedankenspiele über den Stellenwert einzelner Waffentypen⁴⁵ weitgehend der Tatsache bewusst blieb, dass eine „revolutionäre Arbeiterbewegung gegen eine intakt gebliebene Armee nichts ausrichten“⁴⁶ kann, sei letztlich nicht die militärische Stärke entscheidend, sondern „die Frage, ob die Armee zuverlässig und fest in der Hand der herrschenden Klasse ist oder ob es gelingt, sie für konterrevolutionäre Einsätze weitgehend funktionsunfähig zu machen“.⁴⁷

41 GIM, S. 31.

42 GIM, S. 3.

43 Kommunistischer Bund, S. 3.

44 So hieß es bei der GIM: „Genauso, wie die Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates eine notwendige Voraussetzung für den Sieg der proletarischen Revolution ist, genauso wenig kann die Revolution siegen, wenn sie nicht die bewaffnete Abteilung des Staates – die Armee – zerschlägt.“ (1976, S. 3).

45 „Was den Gesichtspunkt der Beherrschung der Waffen durch die Arbeiterklasse zum eigenen politischen Zweck angeht, so muss man unterscheiden zwischen denjenigen Waffen, deren Beherrschung durch eine große Zahl von Menschen unerlässlich zum Gelingen des bewaffneten Aufstandes ist und denjenigen, für die das nicht zutrifft. Die ersteren sind im wesentlichen Grenadierwaffen, die leichten panzerbrechenden Waffen sowie die leichten Luftabwehrwaffen. Von Belang ist auch die Beherrschung der Panzerwaffe. Was die schweren Waffensysteme angeht, so besteht das Interesse der Arbeiterklasse darin, ihren Einsatz zu verhüten und geschickt zu bekämpfen.“ *Kommunismus und Klassenkampf* 4 (1974), S. 266.

46 GIM, S. 20.

47 Ebd.

Insbesondere die Entwicklung in Portugal, d. h. die – maßgeblich von Armeeingehörigen getragene – ‚Nelkenrevolution‘ (Revolução dos Cravos) im Jahr 1974 – bewies den linken Organisationen, die die ‚antimilitaristische Soldatenarbeit‘ trugen, die Richtigkeit und tatsächliche Möglichkeit einer Politik, die den Kampf um eine Demokratisierung der Armee auch in dieser selbst zu führen gedachte. So schrieb der KB im Vorwort zu einer Textsammlung über linke Soldatenbewegungen in Europa: „Die demokratische Bewegung unter den Soldaten und Teilen der Unteroffiziere hat in Portugal ein in dieser Zeit beispiellos hohes Niveau erreicht. Relativ frei konnten die Soldaten sich in vielen Einheiten organisieren, politische Diskussionen führen, Befehle erörtern und prüfen. Vor allem erklärten viele Einheiten, sich niemals gegen die Werktätigen einsetzen zu lassen.“⁴⁸

Dass es einem Teil der radikalen Linken dabei nicht nur darum ging, die Bundeswehr politisch zu schwächen (zu ‚zersetzen‘), indem eine möglichst große Zahl der Soldaten der Mannschaftsdienstgrade die Gefolgschaft verweigert, sondern das Ziel verfolgt wurde, Teile des/eines militärischen Gewaltapparates auf Seiten der ‚sozialistischen Kräfte‘ zum Einsatz zu bringen, wird aus zahlreichen Überlegungen und Äußerungen ersichtlich, in denen darauf verwiesen wird, dass „es keineswegs ausreicht, in Teilen der Armee lediglich eine passive Haltung zu erreichen (...), [da] die Bourgeoisie auch über spezielle berufsmäßig ausgerichtete ‚Elite-Einheiten‘ verfügt, die für eine Zersetzung wenig anfällig sind, ist es unbedingt nötig, auf der anderen Seite Einheiten zum aktiven Eingreifen auf der Seite des Volkes zu gewinnen“.⁴⁹ Ähnlich wurde vom KJV argumentiert, dass die „Zersetzungsarbeit in den Truppen“ dazu diene „die Soldaten dem Imperialismus zu entreißen und sie im entscheidenden Augenblick die Waffen der Bourgeoisie auf die Bourgeoisie richten zu lassen“.⁵⁰ Entsprechende Vorstellungen von revolutionären Veränderungsprozessen, die ihren Höhe- und Wendepunkt zwangsläufig in bewaffneten Auseinandersetzungen finden sollten, entsprachen einer Perspektive, die an den historischen Erfahrungen der ersten zwei Jahrzehnte des 20. Jahrhunderts geschult war; nicht zufällig wurden Schriften von Karl Liebknecht sowie Militärtheoretikern der sozialistischen Bewegung der 1920er Jahre zur Lektüre und Schulung empfohlen.

Für die strategische Ausrichtung und taktische Umsetzung der ‚antimilitaristischen Soldatenarbeit‘ war neben der Beurteilung der Streitkräfte als ‚Instrument der herrschenden Klasse‘ vor allem die Überlegung von besonderer Bedeutung, die Wehrpflichtigen als Teil der ‚Arbeiterklasse‘ zu betrachten, die nur zeitweise aus ihren betrieblichen und beruflichen Kontexten herausgerissen waren, aber auch in der Zeit der Ableistung des Kriegsdienstes dieselben Interessen wie die übrigen Lohnabhängigen hätten. Dabei habe die räumliche Separierung in den Kaserne das Ziel, „den Soldaten jeden ‚zivilen‘ Gedanken auszutreiben, sie vergessen zu machen, dass sie auch im Soldatenrock noch Arbeiter, Werktätige, Schüler,

48 Kommunistischer Bund, S. 3.

49 Kommunistischer Bund, S. 3.

50 KJV (Hg.): Weg mit den Bundeswehr-Hochschulen. Agitationsheft Nr. 1, Dortmund 1972, S. 13.

Studenten sind.“⁵¹ Zu den „wichtigsten Aufgaben der Armee“ zählten die IKD/Spartacus denn auch „die Disziplinierung und ideologische Vergiftung der Arbeiterjugend“.⁵²

Für die SKs ergab sich aus dieser Einschätzung die zentrale Aufgabe, anhand konkreter Problemlagen des Kasernenalltags Erfahrungen der Kollektivität unter den wehrpflichtigen Soldaten zu entwickeln und deren ‚Klassenbewusstsein‘ zu fördern; dies bedeutete im Kontext der Streitkräfte u. a. eine Infragestellung des soldatischen Kameradschaftsverständnisses und eine intensive Bezugnahme auf politische und ökonomische Auseinandersetzungen außerhalb der Bundeswehr.

Themen und Aktionen ‚antimilitaristischer Soldatenarbeit‘

Die im Rahmen der ‚antimilitaristischen Soldatenarbeit‘ organisierten bzw. unterstützten Aktivitäten lassen sich grundlegend in zwei Kategorien unterteilen, die in der Realität regelmäßig verknüpft waren, an dieser Stelle aus analytischen Gründen jedoch getrennt betrachtet werden. Zum einen handelt es sich um die politisch-programmatischen Positionen, zum anderen um die konkreten Aktionen der SKs und ihrer UnterstützerInnen.

Das Spektrum der im Rahmen ‚antimilitaristischer Soldatenarbeit‘ behandelten Themen war breit. Im Vordergrund standen meist Themen oder Ereignisse, die unmittelbar mit dem Soldat-Sein zu tun hatten. Regelmäßig wurde etwa auf ‚Drill und Willkür‘ durch Vorgesetzte verwiesen.⁵³ Offiziere und Unteroffiziere, die nach Ansicht der Mannschaftsdienstgrade oder der SKs willkürlich oder wegen kleiner Dienstvergehen sofort zusätzliche Dienste vergaben, den Dienstschluss verzögerten oder besonders scharf gegen Mitglieder der SKs vorgingen, wurden auf Flugblättern oder in den Zeitungen der SKs namentlich genannt.⁵⁴ In manchen Fällen kam es dabei zu Auseinandersetzungen, die sich über Monate hinzogen und zu öffentlichem (Medien-)Interesse führten. Nachdem etwa ein ADS in Ahlen die Öffentlichkeit über ein Fernschreiben der Bundeswehr informiert hatte, demzufolge zu einem Gespräch der Bundeswehr mit dem Magazin *Der Spiegel* nur den Streitkräften gegenüber positiv eingestellte Journalisten geladen werden sollten, wurden zwei Soldaten konkret bezichtigt, das entsprechende Fernschreiben weitergeleitet zu haben. Neben der obligatorischen Durchsuchung ihrer Spinde wurde nach Angaben des ADS auch Druck auf die Ehefrau eines der beiden ausgeübt, die – rechtswidrig – verhört worden sei. Der Verhängung von Disziplinar-

51 KJV (Hg.): Maizeitung für Soldaten. Sonderdruck der KJ, April 1973, S. 1.

52 IKD/Spartacus: Offener Brief an die Teilnehmer des Kongresses ‚Jugend gegen Kriegsdienst‘, Berlin 1970.

53 „Wer tagtäglich beim Bund den Stiefel im Gesicht verspürt, wer tagtäglich den Erniedrigungen und Beleidigungen ausgesetzt ist, der sieht die Dinge mit anderen Augen als seine Vorgesetzten. Denn diese haben den alleinigen Auftrag, durch Schikanen, Willkür und hirnlosen Drill eine Armee zusammenzuhalten, die in der Lage ist, die ihr von der Bourgeoisie zudiktierten Aufträge willfährig und gedankenlos auszuführen.“ (KJV: Für freie politische Betätigung in der Bundeswehr! Dokumentation der Verfolgung des Ausschusses ‚Kampf dem BRD-Imperialismus und Militarismus‘ und der Terrorisierung von Kameraden der Prinz-Albrecht-Kaserne und Scharnhorst-Kaserne in Hannover, August 1973, S. 17).

54 Vgl. bspw. Rührt Euch Oktober 1978; Volksmiliz Nr. 4 vom 9. März 1975, S. 4–5.

strafen folgte eine Solidarisierung seitens der Gewerkschaftsjugend, der Jusos, der DFG/VK und der *Selbstorganisation der Zivildienstleistenden* (SodZdl).⁵⁵

Von strategischer Bedeutung für die SKs war der Versuch, an der sozialen Lage der Wehrpflichtigen anzusetzen und dabei auf Parallelen zur Situation der Lohnabhängigen in den Betrieben zu verweisen. Zwar wurde der Wehrsold, der 1973 monatlich 135 Mark betrug (nach sechs Monaten: 165 Mark), 1975 auf 165 Mark (210 Mark) aufgestockt, er blieb jedoch ein zentraler Gegenstand der Unzufriedenheit unter Wehrpflichtigen und damit ein bedeutendes Protestthema der SKs – nicht zuletzt, weil die Soldaten davon auch Teile der Ausrüstung und ihre Heimfahrten bezahlen mussten. In zahlreichen Stellungnahmen der SKs tauchte daher die Forderung nach sofortiger Erhöhung des Wehrsoldes auf; gelegentlich wurde die Einkommenssituation der Wehrpflichtigen auch mit dem ‚ausschweifenden‘ Leben der Offiziere kontrastiert.⁵⁶ Während ADS und SDAJ für eine Erhöhung um 100.-Mark eintraten und dafür auch in gewerkschaftlichen Kreisen Unterstützung einwarben,⁵⁷ setzten sich die K-Gruppen für einen „Mindestlohn in Höhe der Bezahlung der Zeitsoldaten“⁵⁸ bzw. 1.200.- Mark Mindestsold ein.⁵⁹ Solche Soldforderungen waren mit der Erwartung verbunden, junge Erwachsene davon abzuhalten, sich angesichts steigender Arbeitslosigkeit als Längerdienster oder Berufssoldat zu verpflichten. Für die SKs waren diese keine ‚Freiwilligen‘, sondern „Opfer dieses Systems, das seine Jugend in die Hände der Militärs abschiebt.“⁶⁰ Die Verbesserung der Einkommenssituation sollte zudem die Wirkung von Geldbußen als Sanktionsmittel abschwächen.⁶¹

Ein weiteres Dauerthema war die Forderung nach einer geregelten Dienstzeit von 40 Stunden in der Woche und nach Dienstzeitausgleich für Überstunden aufgrund von besonderen Veranstaltungen in den Kasernen⁶² oder nach Sonderurlaub nach Manövern.⁶³ Insbesondere im Zusammenhang mit diesen Forderungen wurde das Ansinnen der SKs deutlich, die Situation in der Kaserne auf die Auseinandersetzungen in den Betrieben zu beziehen, Parallelen zu benennen und so ‚eine Kampffront‘ herzustellen. Entsprechend zahlreich waren auch die Aufrufe der SKs an Soldaten, sich an den Demonstrationen am 1. Mai

55 Vgl. elan 5 (1985), S. 23.

56 Vgl. Volksmiliz Nr. 4, S. 9.

57 Vgl. elan 5 (1975), S. 23 bzw. elan 4 (1976), S. 10.

58 Volksmiliz Nr. 2 vom April 1975, S. 2.

59 KJV (Hg.): Weg mit den Bundeswehr-Hochschulen. Agitationsheft Nr. 1, Dortmund 1972, S. 14. Diese Forderung hatte für den KJV zudem strategische Bedeutung in der erwarteten Umwandlung der Bundeswehr in ein Berufsheer, denn „nur durch den Zusammenschluss der Soldaten um diese Forderung kann es uns gelingen, die zahlreichen Bestechungsmanöver der Imperialisten zunichte zu machen.“ (S. 27).

60 Elan 5 (1975).

61 Vgl. Volksmiliz Nr. 2 vom April 1975, S. 5; Rote Garde (Hg.): Aktionsprogramm Rührt euch! Dortmund 1979, S. 35.

62 Vgl. Soldat Q.: Für die 40-Stundenwoche in der Armee, in: Kommunistische Volkszeitung 24/1978 vom 12. Juni 1978.

63 Vgl. Kommunistische Soldatenpresse Nr. 12 vom 1. April 1974, S. 3.

zu beteiligen;⁶⁴ dadurch könne nicht zuletzt, so die Überlegung, gezeigt werden, dass der ‚Spaltungsversuch der Arbeiterjugend‘ erfolglos sei. Allerdings hatte die Beteiligung von Soldaten in Uniform an gewerkschaftlichen i. Mai-Demonstrationen in zahlreichen Fällen Geld- und Arreststrafen zur Folge.

Neben der Agitation für eine Erhöhung des Soldes und eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen spielte das Eintreten für demokratische Rechte von Soldaten eine herausragende Rolle in der Arbeit der SKs. Dabei reichten die Forderungen vom Recht auf freie Meinungsäußerung und kommunistische Propaganda in den Kasernen über das Recht auf regelmäßige Mannschaftsversammlungen bis hin zur ‚Wahl der Offiziere durch das Volk‘.⁶⁵ Insbesondere die Novellierung von Wehrbeschwerdeordnung und Wehrdisziplinarordnung wurde kritisiert, da erstere bspw. durch den Ausschluss der gemeinschaftlichen Beschwerde auf die Individualisierung des Protests von Soldaten ziele, letztere den „Strafenkatalog in den Händen der Vorgesetzten erweitert“ und „[h]ärtere Arreststrafen, schärfere Ausgangsbestimmungen, höhere Geldbußen sowie einen neuen Durchsuchungs- und Bespitzelungsparagraphen“⁶⁶ erlaube. Trotz der Kritik an der Wehrbeschwerdeordnung⁶⁷ und am System der Vertrauensleute, denen im Grundsatz reiner Alibi-Charakter und Integrationsfunktion zugesprochen wurde, plädierten die SKs für die Nutzung dieser beiden Möglichkeiten der Interessenartikulation. Strebten die SKs an, die Sanktionsmöglichkeiten der Vorgesetzten gegenüber den gewählten Vertrauensleuten abzubauen, so traten sie zugleich dafür ein, dass diese jederzeit von den Mannschaften abwählbar sein sollten.⁶⁸ Zwar nahm man nicht an, dass das gleichzeitige Einreichen von Beschwerden mehrerer Soldaten tatsächlich etwas ändere, als bedeutsam wurde jedoch die Entstehung von Kollektivität betrachtet: „Durch die vorhergehende gründliche Diskussion unter den Soldaten über Inhalt und Ziel der Beschwerde kann erreicht werden, was der individuelle Beschwerdeweg gerade verhindern soll: Der solidarische Zusammenschluss der Soldaten im Kampf gegen ihre Unterdrückung!“⁶⁹

Vermuteten die SKs eine Tendenz zur Umwandlung der Wehrpflichtigenarmee in eine Berufarmee, so kritisierten sie eine solche Entwicklung scharf, weil sie dadurch eine Stabilisierung der ‚Klassenherrschaft‘ befürchteten. Gegen die Tätigkeit von Jugendoffizieren und die Gründung der Bundeswehr-Hochschulen agitierten sie scharf. Verschiedentlich wurde

64 KJV (Hg.): Maizeitung für Soldaten. Sonderdruck der KJ, April 1973, S. 2: „Die Soldaten müssen erkennen, dass der Kampf der Arbeiter gegen Lohnraub und Arbeitshetze in der Fabrik, der Kampf gegen die staatliche Preistreiberei, der Kampf der Arbeiterjugend gegen die Verschlechterung der Ausbildung auch ihr Kampf ist.“

65 Vgl. Rührt Euch! (Braunschweig) vom 26. April 1974, S. 3.

66 Vgl. KJV: Für freie politische Betätigung in der Bundeswehr! Dokumentation der Verfolgung des Ausschusses ‚Kampf dem BRD-Imperialismus und Militarismus‘ und der Terrorisierung von Kameraden der Prinz-Albrecht-Kaserne und Scharnhorst-Kaserne in Hannover, August 1973, S. 23.

67 Vgl. Gerhard Armanski/Peter Ramin/Georg Richter (Hg.): Rührt euch! Über den antimilitaristischen Kampf in der Bundeswehr, Berlin 1976, S. 16.

68 Volksmiliz Nr. 2 vom April 1975, S. 4.

69 Rührt euch (Hannover) o. J. (ca. 1973), S. 5.

auch versucht, die Teilnahme von Offizieren autoritärer Regime, z. B. aus Marokko⁷⁰, Äthiopien⁷¹ oder Chile, die sich zur Teilnahme an Ausbildungsprogrammen oder zum Truppenbesuch bei der Bundeswehr aufhielten, sowie die Anwesenheit von NPD-Mitgliedern in der Truppe zu skandalisieren. Wiederholt wurde auch ein unkritischer bzw. affirmativer Umgang in der Bundeswehr mit dem Nationalsozialismus aufgegriffen, so das Erlernen und Absingen von Wehrmachtsliedern oder das Aufhängen einer Wandkarte in einer Kaserne in Minden, die das Deutsche Reich in den Grenzen von 1937 zeigte.⁷²

Schließlich äußerten sich die SKs auch zu andere politischen Kontroversen und unterstützten Aktivitäten für die Streichung des § 218,⁷³ zur Unterstützung der antikolonialen Bewegungen in der so genannten Dritten Welt oder für eine Verbesserung des Bildungssystems.⁷⁴

Die meisten SKs traten anlässlich ihrer Gründung zunächst mit einem Flugblatt oder einer Zeitung an die Öffentlichkeit und skizzierten darin knapp ihre Zielsetzung.⁷⁵ Im Mittelpunkt der Aktivität der meisten SKs stand die Herausgabe einer Publikation. In vielen Fällen war diese recht kurzlebig. Da in etlichen Kasernen zeitgleich SKs verschiedener Organisationen der (radikalen) Linken tätig waren, entstanden jedoch auch Situationen, dass für diese Kasernen parallel mehrere Mitteilungsblätter zirkulierten. Die Zeitungen waren das zentrale Mittel der Kommunikation mit der Zielgruppe; sie enthielten daher auch Hinweise darauf, wie die Zeitung aufzubewahren und mit ihr in Kontakt zu treten sei, ohne dass dies zu negativer Sanktionierung durch die Bundeswehr führe.

Die Zeitungen verstanden sich als „[e]in wichtiges Kampfmittel des Soldatenausschusses (...) Ihr regelmäßiges Erscheinen wird ein Schritt zur Überwindung der Spaltung und Isolation der Soldaten untereinander sein. Sie wird über besondere Saureien in den Kompanien, in Kantine und San.-Bereich berichten und Möglichkeiten des Kampfes dagegen aufzeigen. Sie wird die Verbindung zu den kämpfenden Kollegen im Betrieb und dem Befreiungskampf der Völker herstellen.“⁷⁶ Die Zeitungen waren für andere Wehrpflichtige jedoch nur dann interessant, wenn tatsächlich über Vorkommnisse in ihren Kasernen bzw. Einheiten berichtet wurde. Daher riefen die Zeitungen regelmäßig dazu auf, über die ein-

70 Vgl. KJV: Für freie politische Betätigung in der Bundeswehr! Dokumentation der Verfolgung des Ausschusses ‚Kampf dem BRD-Imperialismus und Militarismus‘ und der Terrorisierung von Kameraden der Prinz-Albrecht-Kaserne und Scharnhorst-Kaserne in Hannover, August 1973, S. 3.

71 Vgl. Kommunistische Soldatenpresse Nr. 10 vom 25. November 1973, S. 19.

72 Vgl. Informationsdienst zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten Nr. 195 vom 17. September 1977; elan 11 (1973), S. 33.

73 Vgl. Informationsdienst zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten Nr. 95 vom 4. Oktober 1975 sowie Nr. 118 vom 27. März 1976.

74 Vgl. elan 7 (1976), S. 29.

75 Vgl. Soldaten Presse Nr. 1 (Hamburg); Neue Lage 2 (1988), S. 4: „Ein ‚Arbeitskreis demokratischer Soldaten‘ ist ein Zusammenschluss von Bundeswehr-Soldaten, die trotz Kasernen-Fick und Bevormundung das Nachdenken noch nicht verlernt haben und sich wehren wollen. Wir setzen uns ein für unsere eigenen sozialen Interessen. (...) Wir wollen mehr Demokratie beim Bund, mehr Rechte für Soldaten und eine Armee, in der es keine kriegsgeilen und faschismusverherrlichenden Generäle und Vorgesetzte mehr gibt.“ (ADS Kassel)

76 Vgl. Soldaten Presse Nr. 1, S. 3.

schlägigen Vorkommnisse kurze Berichte an die Kontaktadresse der Zeitung zu senden, aber auch „Berichte über konkrete Kampfaktionen, aus denen jeder etwas lernen kann“.⁷⁷

Die Zeitungen wurden regelmäßig vor den Kasernen und auf den Bahnhöfen an die ankommenden Soldaten verteilt, zum Teil auch in den Kasernen ausgelegt. Die durch die Verteilaktionen ausgelösten Gegenmaßnahmen der Bundeswehr sorgten mit dafür, dass die Aktionen der SKs in den Kasernen diskutiert wurden. Dies galt insbesondere dort, wo die Positionen der SKs auf dem Kasernengelände sichtbar wurden, z. B. durch an Gebäudewände gesprühte Parolen. Aktionen wie der Diebstahl eines Stempels aus dem Sanitätsbereich, mit dem die Dienstfähigkeit von Soldaten vom diensthabenden Arzt bestätigt wurde,⁷⁸ oder die Einrichtung einer ‚Diszi-Kasse‘, mit der die disziplinierende Wirkung von gegen einzelne Soldaten gerichteten Disziplinarbußen aufgefangen werden sollte, indem möglichst viele Soldaten einen Beitrag entrichteten, gehörten zum Aktionsrepertoire der SKs.⁷⁹

Zu den Aktionen, die wohl mit die größte Resonanz unter den wehrpflichtigen Soldaten hervorriefen, gehörte die Kritik an den hohen Kantinenpreisen für Getränke und Gegenstände des täglichen Bedarfs. Der Verweis auf die hohen Preise wurde häufig mit dem Hinweis verbunden, dass die privaten Pächter eine Monopolstellung in der Kaserne innehätten, die ihnen von der Bundeswehr eingeräumt wurde. Als Alternative wurde von einigen SKs die Forderung nach Selbstverwaltung der Kantinen durch die Soldaten entwickelt. In zwei bayerischen Kasernen sei dieses Modell erprobt worden und hätte bei den Bierpreisen zu einem Preisniveau geführt, das um etwa 30 Prozent unter dem der Gaststätten in der Umgebung der Kaserne gelegen hätte.⁸⁰ Das SRK in Bremen trat für die Übernahme der Kantinen durch den Staat, die Weiterbeschäftigung des zivilen Personals und die Kontrolle des Kantinenwesens durch gewählte Vertreter der Mannschaften ein.⁸¹ Tatsächlich fanden an vielen Standorten Aktionen zum Thema Kantinenpreise statt. In der Schwarzenbeker Sachsenwald-Kaserne verklebte die SDAJ den ‚Roten Kuckuck‘-Aufkleber, um auf die überhöhten Preise aufmerksam zu machen. An anderen Standorten kam es zu Kantinenboykotts, die von der Einrichtung eines Selbstversorgungsdienstes flankiert wurden.⁸² Mit der Aufstellung von ‚Streikposten‘ vor den Kantineneingängen wurde zudem versucht, Formen des betrieblichen Arbeitskampfes auch im militärischen Kontext zu erproben. Zwar zeitigten die Kantinenboykotts vereinzelt Erfolge im Sinne von Preissenkungen, eine weitergehende Auswirkung hatten sie jedoch nicht, was nicht zuletzt an der Ungleichzeitigkeit der Aktionen gelegen haben mag.

Schließlich sahen sich die SKs mit der Aufgabe konfrontiert, Solidarität mit Aktivisten aus der ‚antimilitaristischen Soldatenarbeit‘ zu organisieren, die sich vor Gericht zu verant-

77 Kommunistische Soldatenpresse Nr. 12 vom 1. April 1974, S. 20.

78 Vgl. Umsturz Nr. 3, S. 7.

79 Vgl. Informationsdienst zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten Nr. 218 vom 25. Februar 1978.

80 Vgl. elan II (1973), S. 33.

81 Vgl. Volksmiliz Nr. 2 vom April 1975, S. 3.

82 Vgl. Gerhard Armanski/Peter Ramin/Georg Richter, S. 19 ff.

worten hatten.⁸³ Eine besonders intensive Kampagne führte der KJV im Falle Klaus Öllers durch; diesem war Mitte April 1974 in einer Anklageschrift vorgeworfen worden, auf Angehörige der Bundeswehr planmäßig wehrkraftzersetzend eingewirkt sowie Sachbeschädigung an Einrichtungen der Bundeswehr begangen zu haben.⁸⁴ Unzählige Flugblätter, Veranstaltungen und Aktivitäten begleiteten den Prozess der Anklageerhebung und die Verhandlungen durch mehrere Instanzen.⁸⁵ Nach Angaben des KJV kam es zu Solidaritätserklärungen Hannoveraner Professoren und aus verschiedenen Kasernen.

Eine letzte größere sichtbare Beteiligung von Soldaten gab es schließlich Anfang der 1980er Jahre im Zusammenhang mit dem so genannten NATO-Doppelbeschluss. In einem im Juni 1980 von 22 Erstunterzeichnern aus Hessen und Nordrhein-Westfalen getragenen *Soldatenaufruf gegen den Krieg*⁸⁶ wurde davor gewarnt, dass die Politik der Bundesregierung zu einer Zuspitzung der internationalen Lage beitrage, angesichts derer sich Soldaten und Reservisten fragten, ob nun statt „15 Monaten Druck und Schinderei, Kriegsspielchen und Saufgelagen einmal Ernst sein könnte mit Schützengraben und Kampfstand, mit Tod und Vernichtung.“ Wie beim ebenfalls im Juni 1980 verbreiteten Soldatenaufruf *Für den Frieden! Erklärung gegen den Krieg!*, der 56 Soldaten als Erstunterzeichner versammelte, stand die Befehlsverweigerung im Mittelpunkt der Botschaft. Insbesondere eine der zahlreichen Parolen, die den Aufruf beschlossen – „Wird mit Alarm die Marschbereitschaft für den Krieg befohlen, marschieren wir nach Bonn“ – spielte in den nachfolgenden langjährigen juristischen Auseinandersetzungen eine zentrale Rolle, weil dem presserechtlich Verantwortlichen und den Mitunterzeichnern u. a. vorgeworfen wurde, sie beabsichtigten, „sich im Verteidigungsfall den rechtmäßigen Befehlen ihrer militärischen Vorgesetzten zu widersetzen.“⁸⁷

Da den Kadern der SKs bewusst war, dass die Arbeit in den Kasernen eine wichtige Voraussetzung für ihre politische Verankerung war, eine Beschränkung auf die ‚Arbeit vor Ort‘ aber die politische Wirksamkeit reduzieren musste, gab es in den 1970er Jahren wiederholt Versuche der überregionalen Vernetzung und Zusammenarbeit der SKs. Waren die im Gravitationsfeld von DKP und SDAJ tätigen ADS einerseits und die den Organisationen der ‚Neuen Linken‘ assoziierten Soldatengruppen andererseits in der Regel an der politischen Linie ihrer Partei orientiert und auch von den in diesen Organisationen verantwortlichen Kadern betreut, so galt dies für die nicht (unmittelbar) organisationsgebundenen

83 Vgl. KJVD-Regionalkomitee NRW: Für freie politische Betätigung in der Bundeswehr. Flugblatt o. J. (ca. 1976); KJVD-Regionalkomitee NRW: Freiheit für die kommunistische Agitation u. Propaganda. Freispruch für die angeklagten Antimilitaristen. Flugblatt 15. Januar 1977.

84 Vgl. KJV (Hg.): Freispruch für Klaus Öllerer! Agitationsheft Nr. 7, Dortmund 1974. Die Publikation enthält neben der Anklageschrift auch eine Beschwerde Öllers gegen die Beschattung durch den Militärischen Abschirmdienst, die teilweise Erfolg hatte.

85 Von einem ‚Solidaritätsausschuss Hannover‘ wurde bspw. die Zeitung Solidarität verbreitet, die nicht nur über den konkreten Fall berichtete, sondern auch weitere Berichte aus Kasernen enthielt. An der Kampagne beteiligten sich auch andere Unterorganisationen der KPD, so etwa der Kommunistische Oberschülerverband (KOV). Zahlreiche Dokumente zu diesem Fall sind einsehbar unter <www.mao-projekt.de/BRD/NS/LUE/Lueneburg.shtml> (10.10.2008).

86 Vgl. Informationsdienst zur Verbreitung unterliebener Nachrichten Nr. 338 vom 13. Juni 1980.

87 Anklageschrift der StA Koblenz vom 14. Juni 1982.

Komitees nicht. Auch sie bemühten sich jedoch um eine organisatorische Vernetzung und die Schaffung einer gemeinsamen politischen Grundlage. So legten etwa die SKs aus Mittenwald, Bad Reichenhall und Regensburg im Frühjahr 1976 den Entwurf einer Plattform vor und forderten „alle Antimilitaristen in Westdeutschland und Westberlin auf, mit uns über diese Plattform und die damit zusammenhängenden Fragen zu diskutieren.“⁸⁸

Einige der mit dem Ziel der Vernetzung und des gegenseitigen Erfahrungsaustausches organisierten Treffen fanden auch mit Beteiligung von Vertretern von Soldatenbewegungen aus anderen europäischen Ländern statt, so im November 1976 eine Zusammenkunft von SKs und antimilitaristischen Aktionsgruppen aus 16 Städten der Bundesrepublik Deutschland und Vertretern von Soldatengruppen aus Italien, Frankreich, Österreich, der Schweiz, der Niederlande und den USA. In einem von den Teilnehmern verabschiedeten Aufruf an den DGB und die Einzelgewerkschaften wurde beklagt, dass den Wehrpflichtigen elementare Rechte, wie beispielsweise eine geregelte Arbeitszeit mit Ausgleich für Wochenenddienste und eine „effektive Interessenvertretung“, wie sie im zivilen Bereich selbstverständlich sei, vorenthalten würde. Da diese Situation nicht aus eigener Kraft zu ändern sei, appellierten die SKs an die Gewerkschaften um Unterstützung, denn diese hätten „für die Interessen ihrer Mitglieder zu kämpfen – auch in der Zeit, in der diese ihren Wehrdienst ableisten.“⁸⁹ Im Rahmen eines Mitte März 1977 stattfindenden Folgetreffens standen die Fragen der Wehrsolderhöhung, der Situation der Vertrauensmänner und der Bundeswehreinräte im Innern im Mittelpunkt.⁹⁰

Programmatische Aussagen und praktische Tätigkeit der ‚antimilitaristischen Soldatenarbeit‘ in anderen europäischen Ländern wurden nicht nur durch die Übersetzung und Verbreitung programmatischer Dokumente und Handlungsempfehlungen von Gruppen wie *Gauche Proletarienne* (Frankreich) oder *Lotta Continua* (Italien) zur Kenntnis genommen, in denen man „verallgemeinerbare und gerade auch für Westdeutschland gültige Analysen“⁹¹ sah. Eine besonders enge Kooperation gab es häufig dort, wo sich Angehörige der Stationierungsstreitkräfte ebenfalls in SKs zusammenfanden. Dies war insbesondere im Südwesten der Fall, wo französische Soldaten gegen das ‚unmenschliche Härte-Training‘ in den französischen Kommandoschulen in Kehl, Neu Brisach und Trier sowie gegen eine unzureichende und damit unfallträchtige Materialversorgung protestierten. Auch diese SKs gaben eigene Zeitungen heraus, wie z. B. *Stirate Rouge* oder *Les Boeuff voient rouge*. Im Rahmen von Pressekonzferenzen traten uniformierte und maskierte Soldaten auf und schilderten die aus ihrer Sicht unmenschliche Behandlung durch die Vorgesetzten im Kasernenalltag.⁹² Das Tübinger Soldatenkomitee und eine *Initiative französisch-deutsche Solidarität* aus Trier gehörten zu den Unterstützern der Aktionen der französischen Soldaten.

88 Vgl. Informationsdienst zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten Nr. 121 vom 17. April 1976.

89 Rührt Euch! Nr. 12, S. 2.

90 Vgl. Informationsdienst zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten Nr. 171 vom 2. April 1977.

91 Tragt den Klassenkampf in die Armee, 1971, S. 5.

92 Vgl. Informationsdienst zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten Nr. 172/3 vom 8. April 1977.

Resonanz und Niedergang der ‚antimilitaristischen Soldatenarbeit‘

Hinsichtlich der Resonanz der ‚antimilitaristischen Soldatenarbeit‘ muss zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen bzw. Akteuren unterschieden werden: die Wehrpflichtigen als Hauptzielgruppe der politischen Tätigkeit der SKs, die linke Öffentlichkeit, die weitere Öffentlichkeit und die Institution Bundeswehr, deren Funktionieren zu keinem Augenblick ernsthaft gefährdet war.

Richtete sich das Hauptaugenmerk der ‚antimilitaristischen Soldatenarbeit‘ auf die Wehrpflichtigen und die Versuche, diese zu politisieren und (mit ihnen) zunächst Kämpfe gewerkschaftlichen Charakters für die Verbesserung ihrer sozialen und rechtlichen Situation zu führen, so bilanzierte ein Mitte der 1970er Jahre publizierter Band zum ‚antimilitaristischen Kampf in der Bundeswehr‘, der nach eigenem Verständnis vom Bemühen gekennzeichnet war, die bis dahin geleistete Arbeit der SKs zu systematisieren und ohne Beschönigung darzustellen, dass die ‚Klassenauseinandersetzungen‘ in diesem politischen Feld noch schwach entwickelt seien.⁹³ Zwar gelang es den SKs mit einigen Initiativen eine größere Zahl von Soldaten zu aktivieren – so mit einem Aufruf für die sofortige Erhöhung des Wehrsoldes um 100 DM, der von über 1.600 Soldaten unterzeichnet wurde –, aber während die Studien *Soldat ,70* und *Soldat ,74* noch breite (mediale) Aufmerksamkeit erhielten, war dies bei einem Papier mit dem Titel *Soldat ,80* nicht mehr der Fall.

Wurde das Auftreten von Soldaten in Uniform im Rahmen von Veranstaltungen der Friedensbewegung oder der Gewerkschaften affirmiert, so schwankten die Kommentierungen staatlicher Behörden und der Bundeswehr zwischen der Behauptung von Wirkungslosigkeit und dramatisierender Darstellung. Auch wenn die SKs in den soldatischen Kasernenalltag häufig nachhaltig Unruhe brachten, so sprach das *Bundesamt für Verfassungsschutz* der ‚antimilitaristischen Soldatenarbeit‘ zumindest in der Anfangsphase jeden erkennbaren Erfolg ab.⁹⁴ Der *Verband der Reservisten der Bundeswehr* und der *Bundeswehrverband* befürchteten eine ‚rote Unterwanderung‘ und die Bundeswehr selbst bemühte sich auf vielfache Weise – Diskussion, Denunziation, Einschüchterung, vorzeitige Entlassung, Strafverfahren – darum, die Ausbreitung der organisierten ‚antimilitaristischen Soldatenarbeit‘ zu verhindern.

Für den Niedergang der ‚antimilitaristischen Soldatenarbeit‘ in der Bundesrepublik Deutschland lassen sich mehrere Ursachen nennen. Erstens führte die enge Bindung der großen Mehrheit der SKs an eine politische Organisation dazu, dass eine strömungsübergreifende Bewegung und (damit) selbsttragende Strukturen, wie sie soziale Bewegungen ausbilden, nicht entstehen konnten.⁹⁵ Zweitens verloren die meisten Organisationen der ‚Neuen Linken‘ bereits seit Ende der 1970er Jahre erheblich an Mitgliederzahl, politischer Bedeutung und Mobilisierungsfähigkeit, was sich auch auf die Arbeit der SKs auswirkte. Drittens gab es sowohl in der Bewertung der Weltlage als auch hinsichtlich des konkreten Auftretens

93 Vgl. Gerhard Armanski/Peter Ramin/Georg Richter (Hg.), S. 5–6.

94 Vgl. Bundesamt für Verfassungsschutz (Hg.): betrifft: Verfassungsschutz 1972, Bonn 1973, S. 82.

95 Vgl. Egbert Jahn: Funktion eines sozialistischen Antimilitarismus im Rahmen der SB-Organisation, in: links 3 (1977).

der jeweiligen SKs (z. B. Grad der Klandestinität) erhebliche Unterschiede, die zum Teil in gegenseitigen Beschimpfungen und Angriffen endeten.⁹⁶ Viertens wirkten nicht nur die häufig starren und autoritären Strukturen und die zum Teil militaristische Semantik der SKs abstoßend, sondern auch die in zahlreichen Fällen holzschnittartige Analyse gesellschaftlicher Verhältnisse, die bis hin zu grotesken Verzerrungen der Wirklichkeit reichten, etwa in der Charakterisierung der Sowjetunion der 1970er Jahre als ‚faschistisch‘ oder der Bewertung von Aktivitäten des MAD als „schlimmer als im Faschismus“.⁹⁷ Fünftens führte die dogmatische Orientierung einiger maoistischer Gruppen an der außenpolitischen Linie Chinas dazu, den Kampf nicht mehr auf die Schwächung der Bundeswehr zu richten, sondern – im Gegenteil – für eine ideologische und materielle Aufrüstung einzutreten. Sechstens wirkte nicht nur die disziplinar- und strafrechtliche Verfolgung von Aktivisten abschreckend, sondern eine veränderte Einberufungspraxis der Bundeswehr führte dazu, dass die ohnehin geringe Zahl der politisch aktiven Soldaten zurückging und damit eine kontinuierliche Arbeit in den Kasernen erschwert wurde. Insofern blieb ‚antimilitaristische Soldatenarbeit‘ in der Bundesrepublik Deutschland eine weitgehend auf das Jahrzehnt der 1970er Jahre beschränkte Episode.

96 Vgl. bspw. KJV (Hg.): SDAJ – Verräter am Kommunismus! Agentur des Sozialimperialismus, Agitationsheft Nr. 10, ca. 1976, S. 28–31; Spartacusbund (Hg.): Kritik an Programm und Praxis des KBW, Spartacus-Flugschrift Nr. 4, S. 23–25; Peter Gingold: Das Zusammenspiel der Linksopportunisten mit den Ultrarechten gegen die Politik der friedlichen Koexistenz, in: Marxistische Blätter 2 (1974); Kommunistischer Bund: Soldatenbewegung in Westeuropa, Hamburg 1976, S. 3.

97 Vgl. KJV (Hg.): Freispruch für Klaus Öllerer! Agitationsheft Nr. 7, Dortmund 1974, S. 5